

Sachstandsbericht

- öffentlich -

Drucksache: VL-235/2018 18. Ergänzung

Fachbereich: Städtische Gremien / Organisation

Beratungsfolge	Termin
Stadtverordnetenversammlung	10.09.2020

Antrag der SPD-Fraktion vom 16. Oktober 2018 betr. Sicheres Homberg (Efze)

a) Erläuterung:

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde in der Stadtverordnetenversammlung am 8. November 2018 beraten.

Der Beschluss lautete:

Der Magistrat wird in Zusammenarbeit mit dem Kriminalpräventionsrat beauftragt, nachfolgende Maßnahmen unverzüglich für mehr Sicherheit im Kernstadtbereich von Homberg (Efze) umzusetzen. Dazu soll eine Nachtruhe mit Platzverbot für den „Alten Friedhof“ für die nächsten Monate bis 01. April 2019 in der Zeit von 20:00 bis 05:00 Uhr eingeführt und mit einer entsprechenden Beschilderung an den Zugängen umgesetzt werden. Das Ordnungsamt wird im Zusammenwirken mit der Polizei angewiesen, mehr Präsenz in den Abend- und in den Nachtstunden im Kernstadtbereich zu zeigen und mittels Sozialarbeitern die Situation zu verbessern. Als weitere Maßnahme wird die Kreisverwaltung aufgefordert, für alle Liegenschaften in Homberg (Efze) mit Aufenthaltsmöglichkeit im Außenbereich für eine abschreckende dauerhafte Außenbeleuchtung, der Prüfung zur Videoüberwachung und ggf. den Einsatz von Sicherheitspersonal zu sorgen.

Der derzeitige Sachstand ist:

- Die Schilder mit dem Hinweis auf ein Betretungsverbot des Stadtparks wurden an allen Zugängen angebracht. Die Polizei überwacht im Rahmen Ihrer Möglichkeiten.
- Der gleichzeitige Hinweis auf ein allgemeines Alkoholverbot im Stadtpark ist rechtlich nicht durchführbar.
- Der Einsatz eines privaten Sicherheitsdienstes wurde bisher nicht durchgeführt, die Möglichkeit wird aber bei begründeten Vorkommnissen neu geprüft.
- Die Erlaubnis zur Verkürzung der Sperrzeit wird bei Veranstaltungen unter freiem Himmel (Kirmes, Stadtfest, Weinfest usw.) auf 02.00 Uhr begrenzt.
- Der Einsatz eines Streetworkers ist bisher nicht erfolgt. Dies wird nunmehr durch den Fachbereich Kinder, Jugend, Soziales und Integration forciert.

Ende September hat die Stadt Homberg (Efze) die Kreisverwaltung schriftlich darüber in Kenntnis gesetzt, dass seit geraumer Zeit von verschiedenen Seiten, wie z.B. Schulen, Bewohner, städtischen Bediensteten bedenkliche Auffälligkeiten von verschiedenen Personengruppen im öffentlichen Raum festgestellt werden, und dass die Stadt Homberg (Efze) hierauf mit dem Einsatz eines Streetworkers zu reagieren gedenke. In diesem Schreiben bittet die Stadt Homberg (Efze) die Kreisverwaltung um Prüfung, inwieweit sich

der Kreis auch finanziell an einem Projekt:„Streetwork“ beteiligen könne. Diese Anfrage wurde zwischenzeitlich abschlägig beschieden.

Es ist nunmehr zu prüfen, ob die Stadt Homberg (Efze) das Streetwork-Projekt allein finanzieren sollte. Hierzu wurde zuletzt in der Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend, Soziales und Integration am 04.03.2020 beraten werden.

Dort wurde folgender Beschluss gefasst:

Der Ausschuss nimmt das Schreiben des Schwalm-Eder-Kreises zur Kenntnis und bittet die Verwaltung bis zum 31.07.2020 nach anderen Möglichkeiten und Förderprogrammen zur Finanzierung eines Streetworkers zu suchen.

Nach der schriftlichen Absage des Kreises im Februar 2020, sich finanziell an einem Streetworker*in für Homberg zu beteiligen, wurden kreisweite Erkundigungen über Vorhandensein und Finanzierung eingeholt.

Aktuell gibt es keinen weiteren Streetworker*in im Schwalm-Eder-Kreis. Bis Anfang des Jahres gab es noch eine Streetworkerstelle in Schwalmstadt. Diese soll wieder neu besetzt werden, allerdings ist dort ebenfalls die Finanzierung unklar. Auch dort hat man vom Kreis eine Absage erhalten.

In Stadtallendorf wurde vor Kurzen eine Streetworkerstelle ausgeschrieben. Hier können nach der Sommerpause ab Mitte August nun Erkundigungen über die Resonanz bzgl der Ausschreibung und auch über das Finanzierungsmodell eingeholt werden.

Im Rahmen der Bürgerbefragung innerhalb der Sicherheitsinitiative KOMPASS wurden Homberger Bürger*innen u.a. darum gebeten, Ort zu benennen, an denen sie sich bei Tag oder Nacht unsicher fühlen. Diese Befragung wird im Herbst 2020 von der Universität Gießen ausgewertet. Die hieraus resultierenden Ergebnisse werden zusätzliche fundierte Erkenntnisse für das weitere Vorgehen und den weiteren Umgang mit dem Thema: „Sicherheit in Homberg“ und Einsatz eines Streetworker*in aufzeigen.

Seit dem 30.7. liegt der Stadtverwaltung ein neues Förderprogramm des Landes Hessen vor. Inhalt ist die Förderung zur „Ausweitung der aufsuchenden Jugendarbeit in ländlichen Gebieten“. Die Zielsetzung dieses Programmes ist somit auch der Einsatz eines Streetworkers, so, wie es in Homberg (Efze) für Stadtpark, Busbahnhof und auch das THS Schulgelände angedacht ist.

Es handelt sich hierbei um ein Programm, dessen Förderquote 50% beträgt. Die Gesamtfördersumme beläuft sich dabei auf insgesamt 150.000 Euro pro Jahr für ganz Hessen. Ein entsprechender Antrag ist bis zum 1.10.2020 zu stellen. Eine erste Kostenschätzung ergab einen Eigenanteil von rund 27.000 Euro (Personalkosten und Budget) für die Stadt, sofern eine Bewilligung erteilt wird. Der Ausschuss Kinder, Jugend, Soziales und Integration hat in seiner letzten Sitzung am 2.September 2020 beschlossen, dass die Verwaltung einen entsprechenden Antrag vorbereitet und fristgemäß einreicht.